



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

*Klausuren rund um Demokratie in Deutschland - im günstigen
Paket*

Das komplette Material finden Sie hier:

[School-Scout.de](https://www.school-scout.de)





Titel:	Demokratie in Deutschland I – Grundgesetz, Grundrechte, Gewaltenteilung (einfaches Niveau)
Reihe:	<i>Ausführliche Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont</i>
Bestellnummer:	62075
Kurzvorstellung:	<ul style="list-style-type: none">• Diese ausgefeilte Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Unterricht Politik/Sozialwissenschaften der Oberstufe befasst sich grundlegenden Fragen zur Demokratie in Deutschland am Beispiel von Grundgesetz, Grundrechten und Gewaltenteilung. Die Aufgaben orientieren sich an den allgemeinen Kompetenzerwartungen der Qualifikationsphase für die zentralen Abiturprüfungen.• Präsentiert werden die Aufgabenstellung, sowie eine Musterlösung, die zusätzlich durch eingefügte Kommentare erläutert wird.• Der ausführliche Erwartungshorizont macht die Korrektur transparenter und einfacher und gibt den Schüler/innen zusätzlich eine ausführliche Rückmeldung.
Inhaltsübersicht:	<ul style="list-style-type: none">• Arbeitsblatt mit Aufgabenstellung einer möglichen Klausur• Hilfe zum richtigen Verständnis der Aufgabenstellung• Musterlösung und Erwartungshorizont zum Einsatz als mögliche Klausur• Benotungsformular zur schnellen und gerechten Bewertung• Quellen

4. Nennen Sie weiteren Arten von Grundrechten, die es neben den Grundrechten des Grundgesetzes gibt.

Neben den im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechten gibt es noch die internationalen Grundrechte, die Grundrechte der Landesverfassungen und die natürlichen überpositiven Menschenrechte.

Internationale Grundrechte:

- Sie ergeben sich aus einer Vielzahl internationaler Verträge, darunter die Europäische Menschenrechtskonvention und die Europäische Sozialcharta.

Grundrechte der Landesverfassungen:

- Die Landesverfassungen der Bundesländer Bayern, Bremen, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland enthalten wie das Grundgesetz einen ausführlichen Grundrechtskatalog.

Natürliche Menschenrechte:

- Nach der Vorstellung von Naturrechtsdenkern (wie z.B. John Locke, Immanuel Kant) gibt es natürliche Menschenrechte, die über den Grundrechten stehen und das Wesen der Grundrechte prägen.

5. Ordnen Sie den folgenden drei Rubriken die unten abgedruckten Grundrechte zu! Suchen Sie dazu den passenden Artikel des Grundrechtes aus und schreiben Sie ihn in die jeweilige Rubrik.

Freiheitsrechte	Gleichheitsrechte	Bürgerrechte
Art. 1 GG	Art. 3 Absatz 1 GG	Art. 8 GG
Art. 2 GG	Art. 3 Absatz 3 GG	Art. 9 GG
Art. 17 GG		Art. 11 GG
Art. 14 GG		
Art. 5 GG		
Art. 4 GG		
Art. 13 GG		

Grundrechte:

Art. ? - Unantastbarkeit der Würde des Menschen	Art. ? - Gleichheit vor dem Gesetz	Art. ? - Das Recht aller Deutschen auf Freizügigkeit im Bundesgebiet
Art. ? - Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit	Art. ? - Das Recht auf Privateigentum	Art. ? - Das Recht auf die Unverletzlichkeit der Wohnung (Recht auf Privatsphäre)
Art. ? - Das Recht der Deutschen, sich friedlich zu versammeln	Art. ? - Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit	Art. ? - Das Verbot der Benachteiligung aufgrund des Geschlechts, der Herkunft, der religiösen oder politischen Anschauung oder einer Behinderung
Art. ? - Petitionsrecht, d.h. das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden an die zuständigen Stellen zu wenden	Art. ? - Das Recht aller Deutschen, Vereine und Gesellschaften zu bilden	
	Art. ? - Glaubens- und Gewissensfreiheit	

Der Strafvollzug muss daher so ausgerichtet sein, dass auf eine Resozialisierung hingearbeitet und den schädlichen Begleiterscheinungen des Freiheitsentzugs entgegengewirkt wird.

Kommentar:

Den vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Anforderungen an die Zulässigkeit einer lebenslangen Freiheitsstrafe ist der Gesetzgeber mit der Fassung des § 57a StGB nachgekommen. So hat jeder zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteilte einen grundsätzlichen Anspruch darauf, dass die Vollstreckung seiner Freiheitsstrafe nach 15jähriger Verbüßungsdauer bei Vorliegen einer günstigen Sozialprognose zur Bewährung ausgesetzt wird.

9. Erläutern Sie, was unter den Schutz der Meinungsfreiheit fällt. Zählen Sie Beispiele auf.

Der Begriff Meinung ist weit zu verstehen. Jedenfalls umfasst er Werturteile. Im Gegensatz zur Meinungsäußerung, die weder wahr noch falsch sein können, fallen erwiesene oder bewusst unwahre Tatsachenbehauptungen nicht unter den Schutzbereich von Art. 5 GG.

Beispiele für Meinungsäußerungen, die unter den Schutz von Art. 5 GG fallen:

- Leserbriefe
- Brief eines Strafgefangenen, in dem beleidigende Äußerungen über den Anstaltsleiter getätigt werden
- „Schockwerbung“, z.B. von Benetton
- Boykottaufruf, einen bestimmten Film nicht mehr zu spielen
- Selbst Satire (in der Regel Glosse oder Karikatur) kann eine Meinungsäußerung im Sinn von Art. 5 GG sein, in aller Regel wird aber die Kunstfreiheit einschlägig sein, Art. 5 Abs. 3 GG

10. Analysieren Sie folgenden Fall und erläutern Sie: „Alle Soldaten sind Mörder“

Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung findet lediglich dort seine Grenzen, wo Gesetze verletzt werden (z.B. Beleidigung oder Volksverhetzung) oder wo es um die persönliche Ehre von anderen geht.

Im Fall Martin würden die Richter betonen, dass sich seine Äußerungen auf Soldaten überhaupt bezögen, nicht aber auf einzelne Soldaten oder speziell auf diejenigen der Bundeswehr. Wenn vereinzelt auch die Bundeswehr erwähnt würde, so geschähe das nur, um zu bekräftigen, dass die Aussage über alle Soldaten auch für die Soldaten der Bundeswehr gelte.

Dieser Umstand muss nach Meinung des Bundesverfassungsgerichts zu der Überlegung Anlass geben, ob sich die Äußerung von Martin nicht gegen Soldatentum und Kriegshandwerk schlechthin richtet, das verurteilt wird, weil es mit dem Töten anderer Menschen verbunden ist, das unter Umständen auf grausame Weise vor sich geht und auch die Zivilbevölkerung trifft. Auch in der Verwendung des Wortes "Mörder" muss nicht notwendig der Vorwurf einer schwerkriminellen Haltung oder Gesinnung gegenüber dem einzelnen Soldaten enthalten sein. Vielmehr kann Martin



Titel:	Demokratie in Deutschland I – Grundgesetz, Grundrechte, Gewaltenteilung (erhöhtes Niveau)
Reihe:	<i>Ausführliche Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont</i>
Bestellnummer:	62071
Kurzvorstellung:	<ul style="list-style-type: none">• Diese ausgefeilte Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Unterricht Politik/Sozialwissenschaften der Oberstufe befasst sich grundlegenden Fragen zur Demokratie in Deutschland am Beispiel von Grundgesetz, Grundrechten und Gewaltenteilung. Die Aufgaben orientieren sich an den allgemeinen Kompetenzerwartungen der Qualifikationsphase für die zentralen Abiturprüfungen.• Präsentiert werden die Aufgabenstellung, sowie eine Musterlösung, die zusätzlich durch eingefügte Kommentare erläutert wird.• Der ausführliche Erwartungshorizont macht die Korrektur transparenter und einfacher und gibt den Schüler/innen zusätzlich eine ausführliche Rückmeldung.
Inhaltsübersicht:	<ul style="list-style-type: none">• Arbeitsblatt mit Aufgabenstellung einer möglichen Klausur• Hilfe zum richtigen Verständnis der Aufgabenstellung• Musterlösung und Erwartungshorizont zum Einsatz als mögliche Klausur• Benotungsformular zur schnellen und gerechten Bewertung• Quellen



Erwartungshorizont/Korrekturhilfe zur Klausur Sozialwissenschaften/Politik

Name: _____

Aufgabe 1 – 3:		max. Punkte	Erreichte Punkte
Der Schüler / die Schülerin ...			
1	zählt grundlegende Dimensionen auf.	5	
2	kann 5 Beispiele nennen.	5	
3	setzt sich mit der These der „Verwestlichung“ auseinander.	10	
Summe inhaltliche Leistung Aufgabe 1 – 3:		20	

Aufgabe 4 – 8:		Max. Punkte	Erreichte Punkte
Der Schüler / die Schülerin ...			
4	kann die Bedeutung der Containerschifffahrt erläutern.	4	
5	kann die Bedeutung des Internets erläutern.	4	
6	kann die Nachteile der Digitalisierung beurteilen.	6	
7	kann Handelshemmnisse aufzählen – tarifär und nichttarifär.	4 und 4	
8	diskutiert das aktuelle Thema Freihandelsabkommen.	8	
Summe inhaltliche Leistung Aufgabe 4 – 8:		32	

Aufgabe 9 – 10:		Max. Punkte	erreichte Punkte
Der Schüler / die Schülerin ...			
9	kann den Begriff Triade erläutern und Beispiele anführen.	2 und 2	
10	kann den Handel zwischen Deutschland und Japan erläutern.	4	
Summe inhaltliche Leistung Aufgabe 9 – 10:		8	

Aufgabe 11 – 13:		Max. Punkte	erreichte Punkte
Der Schüler / die Schülerin ...			
11	benennt Ziele der Außenpolitik der USA.	3	
12	kann den Begriff „Kultur“ erklären und Beispiele anführen.	3 und 2	
13	kreuzt die internationalen Akteure korrekt an.	3	
Summe inhaltliche Leistung Aufgabe 11-13:		11	

Aufgabe 14 – 15:		Max. Punkte	erreichte Punkte
Der Schüler / die Schülerin ...			
14	kann eine Bewertung von Globalisierung aus unterschiedlichen Perspektiven entwickeln.	12	
15	kann die Chancen und Risiken der Globalisierung aus Sicht des Konsumenten beurteilen.	12	
Summe inhaltliche Leistung Aufgabe 14-15:		24	

Darstellungsleistung		max. Punkte	erreichte Punkte
Die Schülerin/der Schüler ...			
	strukturiert den Text kohärent, schlüssig, stringent und gedanklich klar.	1	
	formuliert unter Beachtung der fachsprachlichen und fachmethodischen Anforderungen.	1	
	belegt Aussagen durch angemessenes und korrektes Zitieren.	0,5	
	drückt sich allgemeinsprachlich präzise, stilistisch sicher und begrifflich differenziert aus.	0,5	
	formuliert lexikalisch und syntaktisch sicher, variabel und komplex.	1	
	schreibt sprachlich richtig.	1	
Summe Darstellungsleistung		5	

Gesamtleistung: _____ von 100 Punkten Note: _____

8. Nehmen Sie Stellung: Dem Wortlaut nach steht das Recht auf Versammlungsfreiheit gemäß Art. 8 GG nur deutschen Staatsbürgern zu. Dürfen also Ausländer nicht demonstrieren?

DEMOKRATIE

9. Beschreiben Sie, welche Formen der Demokratie sich unterscheiden lassen.
- 10.
- Nennen Sie die beiden Formen der Demokratie.
 - Nennen Sie die beiden Demokratieformen, für die sich das Grundgesetz entschieden hat.
 - Charakterisieren Sie deren Prinzipien.
11. Erklären Sie, was unter Abstimmungen im Sinn des Art. 20 Abs. II GG zu verstehen ist und ob diese auf Bundesebene zulässig sind.
12. Nehmen Sie Stellung:
- Warum ist die Gewaltenteilung ein unverzichtbarer Bestandteil jeder Demokratie?
 - Welche staatliche Herrschaftsform wurde durch die Gewaltenteilung abgelöst?
13. Bewerten Sie: Wird die Gewaltenteilung im Grundgesetz immer ganz konsequent durchgehalten?
14. Beurteilen Sie, ob der verfassungsändernde Gesetzgeber für den Bund den Grundsatz der Gewaltenteilung abschaffen kann.

RECHTSSTAAT

15. Beschreiben Sie, was man unter einem Rechtsstaat versteht.
16. Nennen Sie die Aufgaben des Bundesverfassungsgerichts.
17. Ordnen Sie folgende Beispiele einem Grundsatz des Rechtsstaats zu:
- Polizisten dürfen nicht einfach schießen. Sie bekommen bei Verletzung der Vorschriften ein Verfahren.
 - Es darf kein Gesetz geben, wonach Blondinen weniger Steuerabgaben zahlen müssen als Rothaarige.
 - Max schwänzt mal wieder die Schule. Der Direktor der Schule lässt ich von der Polizei Zuhause abholen. Jedoch darf man ihm keine Handschellen anlegen oder die Pistole zücken.
18. Erläutern Sie, weshalb das Bundesverfassungsgericht als „Ersatz-gesetzgeber“ bezeichnet wird.

Bewertungsschlüssel		Notenanteil
Inhaltlich	Aufgabe 1 – 3	15%
	Aufgabe 4 – 8	30%
	Aufgabe 9 – 14	30%
	Aufgabe 15 – 18	20%
Formal	Darstellungsleistung	5%



Titel:	Demokratie in Deutschland II – Politische Parteien und Wahlen, Verfassungsorgane, Gesetze und Jugendrecht (einfaches Niveau)
Reihe:	<i>Ausführliche Klausur mit Musterlösung, Erwartungshorizont und Korrekturformular</i>
Bestellnummer:	62070
Kurzvorstellung:	<ul style="list-style-type: none">• Diese ausgefeilte Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Unterricht Politik/Sozialwissenschaften der Oberstufe befasst sich mit grundlegenden Fragen zur Demokratie in Deutschland.• Präsentiert werden die Aufgabenstellung, sowie eine Musterlösung, die zusätzlich durch eingefügte Kommentare erläutert wird.• Der ausführliche Erwartungshorizont macht die Korrektur transparenter und einfacher und gibt den Schüler/innen zusätzlich eine ausführliche Rückmeldung.
Inhaltsübersicht:	<ul style="list-style-type: none">• Arbeitsblatt mit Aufgabenstellung einer möglichen Klausur• Hilfe zum richtigen Verständnis der Aufgabenstellung• Musterlösung und Erwartungshorizont zum Einsatz als mögliche Klausur• Benotungsformular zur schnellen und gerechten Bewertung• Quellen

Klausur mit Erwartungshorizont

DIDAKTISCHE HINWEISE ZUM EINSATZ DIESES MATERIALS



Mit der vorliegenden Musterklausur haben Sie die Möglichkeit, Ihre Klassenarbeit mit wenig Zeitaufwand effizient zu optimieren. Sie können dabei die Musterklausur einfach unverändert zum Einsatz bringen, oder diese gegebenenfalls noch an die speziellen Bedürfnisse Ihrer Schüler oder an Ihren Unterrichtsstil anpassen. Das Ihnen vorliegende Beispiel ist dabei kongruent mit den Anforderungen des Lehrplanes und berücksichtigt in seinem Aufbau die aktuellen didaktischen Standards.

Der umfassend erstellte Erwartungshorizont soll Ihnen sowohl als zeitliche Erleichterung als auch zur transparenteren Korrektur dienen. Auch können Sie sich hierdurch die gezielte Konsultation und Unterrichtsgestaltung erleichtern. Dennoch steht es Ihnen auch im Teil des Erwartungshorizontes vollkommen frei, ob Sie ihn unverändert in Ihren Unterricht einbringen wollen, oder ob Sie das Muster lediglich als Inspiration verwenden. Sie können den Bewertungsschlüssel natürlich noch umlegen und nach Ihren Bedürfnissen ausbauen.

Hilfreiche weiterführende Strategien zur einfachen Notengebung und Bewertung von Schülerleistungen bietet übrigens auch unser Ratgeber „**Mit Excel Notengebung leicht(er) gemacht**“ (Materialnummer 40412).

Die Nutzung eines solchen Erwartungshorizonts kann bei richtiger Gestaltung und Anwendung eine erhebliche Arbeitserleichterung für die Lehrkraft bedeuten, sorgt für eine hohe Transparenz der Benotung und gibt somit auch den Schülerinnen und Schülern (SuS) ein besseres, verständlicheres Feedback in dem Stärken und Schwächen klar aufgezeigt werden. Dazu sollten folgende Punkte beachtet werden:

- Der Erwartungshorizont enthält zu jeder Teilaufgabe der Prüfung ein separates Formular (A). Dieses Formular beinhaltet jeweils aufgabenrelevante Bewertungskriterien, die die SuS in diesem Teilbereich der Prüfung erfüllen sollten. Am Schluss finden Sie zudem ein aufgabenunabhängiges Formular (B) zur generellen Darstellungsleistung der SuS in der gesamten Prüfung. So können Sie die Schülerleistung Stück für Stück anhand des Erwartungshorizonts abgleichen.
- Neben den Erwartungskriterien der einzelnen Teilaufgaben sehen Sie eine Spalte, in der die maximal zu erreichende Punktzahl für jedes einzelne Kriterium aufgelistet ist (C). Direkt daneben befindet sich eine Spalte, in der Sie die tatsächlich erreichte Punktzahl der SuS eintragen können (D). Nach jedem Teilformular können Sie bereits die Summe der inhaltlichen Schülerleistung für den betreffenden Bereich ausrechnen (E), ehe Sie im letzten Schritt auch die allgemeine Darstellungsleistung addieren und schließlich die Gesamtpunktzahl ermitteln (F). Üblicherweise sind bei jeder Prüfung maximal 100 Punkte (= 100%) zu erreichen. So fällt es Ihnen leichter, die erreichte Punktzahl in eine Schulnote (G) umzuwandeln.
- Die Erwartungskriterien selbst (H) bleiben häufig relativ abstrakt formuliert, sodass die Formulare nicht zu unübersichtlich und detailliert werden. Zudem kann so gewährleistet werden, dass die Sinn- und Interpretationsvielfalt der Schülertexte nicht durch zu präzise Erwartungen eingeschränkt werden. Gegebenenfalls listet der ausführliche Bewertungsbogen im Anschluss

Klausur zum Thema „Demokratie in Deutschland“

Thematische Schwerpunkte: Politische Parteien und Wahlen, Verfassungsorgane, die Verabschiedung von Gesetzen, das Strafverfahren, Jugendliche vor Gericht.

Anforderungen: I, II und III (Basis: Darstellungsbegriff der EPA-Operatorenliste)

- Anforderungsbereich I: Reproduktion (zähle auf, beschreibe, benenne ...)
- Anforderungsbereich II: Reorganisation und Transfer (analysiere, charakterisiere, erkläre, erläutere ...)
- Anforderungsbereich III: Reflexion und Problemlösung (begründe, beurteile, bewerte, überprüfe ...)

Anzahl Aufgaben: 18

Bearbeitungsdauer: 60 bis 90 Minuten

Punkte: 100

Aufgaben:

POLITISCHE PARTEIEN UND WAHLEN

1. Benennen Sie die Funktion und Aufgaben von Parteien.
2. Welche Parteien sind im Bundestag vertreten und welche sind an der Regierung beteiligt? (Stand 2015)
3. Der 18jährige Jos ist bei der nächsten Bundestagswahl erstmals wahlberechtigt. Er möchte von Ihnen wissen, nach welchen Wahlgrundsätzen die Bundestagswahl durchgeführt wird und welche Bedeutung die einzelnen Wahlgrundsätze haben. Erläutern Sie ihm die Wahlrechtsgrundsätze des Art. 38 Abs. 1 GG.
4. Die wichtigste Möglichkeit des Volkes zur unmittelbaren Teilnahme an der Staatsgewalt sind die Wahlen. Steht das Wahlrecht deutschen und ausländischen Bewohnern der Bundesrepublik gleichermaßen zu?

VERFASSUNGSORGANE

5. Zählen Sie die wichtigsten Verfassungs- bzw. Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland auf.
6. Welche Aufgaben hat der Deutsche Bundestag? Nennen Sie vier Aufgaben!
7. Welche Prinzipien bestimmen die interne Organisation und Aufgabenverteilung der Bundesregierung?
8. Wie nennt man die im Grundgesetz vorgesehene Möglichkeit den Bundeskanzler zu stürzen? Erläutern Sie dieses Verfahren. Warum sieht das Grundgesetz dieses besondere Verfahren vor?
9. Der Bundespräsident ist gegenüber dem Reichspräsidenten der Weimarer Verfassung mit nur geringen unmittelbaren verfassungsrechtlichen Kompetenzen ausgestattet. Zählen Sie seine wesentlichen Aufgabenbereiche auf.
10. Was sind die Aufgaben des Bundesrates?



Titel:	Demokratie in Deutschland II – Politische Parteien und Wahlen, Verfassungsorgane, Gesetze und Jugendrecht (erhöhtes Niveau)
Reihe:	<i>Ausführliche Klausur mit Musterlösung, Erwartungshorizont und Korrekturformular</i>
Bestellnummer:	62067
Kurzvorstellung:	<ul style="list-style-type: none">• Diese ausgefeilte Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Unterricht Politik/Sozialwissenschaften der Oberstufe befasst sich mit grundlegenden Fragen zur Demokratie in Deutschland.• Präsentiert werden die Aufgabenstellung, sowie eine Musterlösung, die zusätzlich durch eingefügte Kommentare erläutert wird.• Der ausführliche Erwartungshorizont macht die Korrektur transparenter und einfacher und gibt den Schüler/innen zusätzlich eine ausführliche Rückmeldung.
Inhaltsübersicht:	<ul style="list-style-type: none">• Arbeitsblatt mit Aufgabenstellung einer möglichen Klausur• Hilfe zum richtigen Verständnis der Aufgabenstellung• Musterlösung und Erwartungshorizont zum Einsatz als mögliche Klausur• Benotungsformular zur schnellen und gerechten Bewertung• Quellen

Klausur zum Thema „Demokratie in Deutschland“

Thematische Schwerpunkte: Politische Parteien und Wahlen, Verfassungsorgane, die Verabschiedung von Gesetzen, das Strafverfahren, Jugendliche vor Gericht.

Anforderungen: I, II und III (Basis: Darstellungsbegriff der EPA-Operatorenliste)

- Anforderungsbereich I: Reproduktion (zähle auf, beschreibe, benenne ...)
- Anforderungsbereich II: Reorganisation und Transfer (analysiere, charakterisiere, erkläre, erläutere ...)
- Anforderungsbereich III: Reflexion und Problemlösung (begründe, beurteile, bewerte, überprüfe ...)

Anzahl Aufgaben: 17

Bearbeitungsdauer: 60 bis 90 Minuten

Punkte: 100

Aufgaben:

POLITISCHE PARTEIEN UND WAHLEN

1. Welches Wahlsystem gilt für die Wahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Stelle es in seinen Grundzügen vor.
2. Ist die Fünf-Prozent-Hürde zur Stabilisierung unserer parlamentarischen Demokratie sinnvoll oder verzerrt sie den Wählerwillen zu stark?
3. Könnte der Bundesgesetzgeber die Mehrheitswahl einführen?
4. Das Bundesverfassungsgericht hat zur Bezeichnung des politischen Systems der Bundesrepublik den Begriff der „wehrhaften Demokratie“ geprägt. Was wollen die Richter mit diesem Begriff bezeichnen? Ziehe zur Beantwortung der Frage auch dein Hintergrundwissen über die Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik ein.
5. In welchen Artikeln des Grundgesetzes ist die Idee der "wehrhaften Demokratie" im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert?

VERFASSUNGSORGANE

6. Erläutere anhand von Beispielen die Kontrollinstrumente des Bundestages.
7. Was ist ein Bundesstaat? Was hat der bundesstaatliche Aufbau der Bundesrepublik mit dem Bundesrat zu tun?
8. Ein Fall: Änderung der bundesstaatlichen Ordnung

Eine Bürgerinitiative schlägt vor, als Beitrag zur Vereinfachung der politischen Strukturen einen Einheitsstaat zu schaffen. Ist dieser Vorschlag mit dem Grundgesetz vereinbar?

DIE VERABSCHIEDUNG VON GESETZEN

9. Aus welchen Teilen besteht das Gesetzgebungsverfahren?
10. Was ist unter einem zustimmungspflichtigen Gesetz zu verstehen?
11. Wie erfolgt bei einem zustimmungspflichtigen Gesetz die Zustimmung im Bundesrat?



Erwartungshorizont

Name: _____

Aufgabe 1 – 5: Der Schüler / die Schülerin ...		max. Punkte	Erreichte Punkte
1	Stellt die personalisierte Verhältniswahl in Grundzügen vor	6	
2	Erörtert kritisch die 5%-Sperrklausel	6	
3	Erkennt, dass GG auch Mehrheitswahl zulässt	2	
4	Erläutert die Idee „wehrhafte Demokratie“ mit seinem Kontextwissen zur Weimarer Republik	10	
5	Nennt GG-Artikel, in denen die Idee verankert ist	2	
Summe inhaltliche Leistung Aufgabe 1 – 5:		26	

Aufgabe 6 – 8: Der Schüler / die Schülerin ...		Max. Punkte	Erreichte Punkte
6	Erläutert Befugnisse des Bundestages	6	
7	Erklärt Begriffe Bundesstaat und Bundesrat in ihrem Zusammenhang	6	
8	Nimmt Stellung zum Fall: Änderung der bundesstaatlichen Ordnung	12	
Summe inhaltliche Leistung Aufgabe 6 – 8:		24	

Aufgabe 9 – 14: Der Schüler / die Schülerin ...		Max. Punkte	erreichte Punkte
9	Zählt Elemente des Gesetzgebungsverfahrens auf	3	
10	Erklärt, was ein Zustimmungsgesetz ist	3	
11	Erläutert die Beteiligung des Bundesrates bei einem Zustimmungsgesetz	3	
12	Benennt Aufgaben des Bundespräsidenten bei der Verabschiedung von Gesetzen	4	
13	Analysiert kritisch den Fall: Prüfungskompetenz	10	
14	Erschließt sich die Veröffentlichungspflicht im BGBl.	4	
Summe inhaltliche Leistung Aufgabe 9 - 14:		23	

Aufgabe 15 – 17: Der Schüler / die Schülerin ...		Max. Punkte	erreichte Punkte
15	Benennt den Grundsatz „Ohne Gesetz keine Strafe“	6	
16	Erklärt die Bedeutung des Aussageverweigerungsrechts	6	
17	Nimmt kritisch Stellung zu dem Ruf nach härteren Strafen	10	
Summe inhaltliche Leistung Aufgabe 15 - 17:		22	

Darstellungsleistung Die Schülerin/der Schüler ...		max. Punkte	erreichte Punkte
strukturiert den Text kohärent, schlüssig, stringent und gedanklich klar.		1	
formuliert unter Beachtung der fachsprachlichen und fachmethodischen Anforderungen.		1	
belegt Aussagen durch angemessenes und korrektes Zitieren.		0,5	
drückt sich allgemeinsprachlich präzise, stilistisch sicher und begrifflich differenziert aus.		0,5	
formuliert lexikalisch und syntaktisch sicher, variabel und komplex.		1	
schreibt sprachlich richtig.		1	
Summe Darstellungsleistung		5	

Gesamtleistung: _____ von 100 Punkten **Note:** _____



Titel:	Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland
Reihe:	Ausführliche Klausur mit Musterlösung, Erwartungshorizont und Korrekturformular
Bestellnummer:	4800
Kurzvorstellung:	<ul style="list-style-type: none">• Diese ausgefeilte Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Unterricht Politik/Sozialwissenschaften der Oberstufe befasst sich mit Wahlen und ihrer Einbettung in und Bedeutung für das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Die Aufgaben orientieren sich an den allgemeinen Kompetenzerwartungen der Qualifikationsphase für die zentralen Abiturprüfungen.• Präsentiert werden die Aufgabenstellung, sowie eine Musterlösung, die zusätzlich durch eingefügte Kommentare erläutert wird.• Der ausführliche Erwartungshorizont macht die Korrektur transparenter und einfacher und gibt den Schüler/innen zusätzlich eine ausführliche Rückmeldung.
Inhaltsübersicht:	<ul style="list-style-type: none">• Arbeitsblatt mit Aufgabenstellung einer möglichen Klausur• Hilfe zum richtigen Verständnis der Aufgabenstellung• Musterlösung und Erwartungshorizont zum Einsatz als mögliche Klausur• Benotungsformular zur schnellen und gerechten Bewertung• Quellen

Klausur zu den „Wahlen in Deutschland“

Thematische Schwerpunkte: Grundsätze des Wahlrechts, Grundbegriffe der Demokratie, fundamentale Begriffe des deutschen Wahlsystems, Europawahl

Anforderungen: I, II und III (Basis: Darstellungsbegriff der EPA-Operatorenliste)

- Anforderungsbereich I: Reproduktion (zähle auf, beschreibe, benenne ...)
- Anforderungsbereich II: Reorganisation und Transfer (analysiere, charakterisiere, erkläre, erläutere ...)
- Anforderungsbereich III: Reflexion und Problemlösung (begründe, beurteile, bewerte, überprüfe ...)

Bearbeitungsdauer: 90 Minuten

Punkte: 100

WAHLGRUNDSÄTZE

1. Überlege Sie, welche Aussagen über Wahlen stimmen. Kreuzen Sie an.

Aussage	richtig	falsch
Der Landtag wird für 4 Jahre gewählt.		
Um Bundeskanzler zu werden müssen mehr als die Hälfte der Abgeordneten zustimmen.		
Um Ministerpräsident zu werden, kann man in maximal zwei Wahlgängen vom neuen Landtag gewählt werden.		
Der Bundeskanzler ernennt und entlässt die Minister.		
Der Ministerpräsident trägt die Verantwortung für die Politik seiner Regierung.		

2. Nennen und erklären Sie die fünf Wahlrechtsgrundsätze, die in Deutschland bei jeder Wahl gelten?
3. Erklären Sie den Unterschied zwischen Mehrheitswahl und Verhältniswahl.

DEMOKRATIE

4. Die Staatsformen der Länder sind unterschiedlich. Dies sieht man schon an den Nachbarländern Deutschland und Frankreich.
- a. Nennen Sie je einen Vor- und einen Nachteil eines Bundesstaates.
 - b. Erläutern Sie die wesentlichen Unterschiede zwischen Einheits- und Bundesstaat.
5. Erläutern Sie, warum in einem demokratischen Gemeinwesen gewählt wird. Gehen Sie dabei auf das Grundgesetz ein.
6. Erläutern Sie den Unterschied zwischen direkter und repräsentativer Demokratie!

VERSCHIEDENE WAHLEN UND WAHLSYSTEME

7. Die Kommunalwahl (am Beispiel NRW)
- a. Erklären Sie, was man unter dem Begriff Kommunalwahlen versteht.
 - b. Erläutern Sie das Kommunalwahlsystem in NRW.



Titel:	Freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland
Reihe:	Ausführliche Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont
Bestellnummer:	58242
Kurzvorstellung:	<ul style="list-style-type: none">• Diese ausgefeilte Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Unterricht Politik/Sozialwissenschaften der Oberstufe befasst sich mit dem Begriff der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“. Dieses zentrale Thema des Politikunterrichts kann anhand der mitgelieferten Informationen zum NPD-Parteiprogramm praktisch angewendet und in seiner Bedeutung reflektiert werden. Die Aufgaben orientieren sich an den allgemeinen Kompetenzerwartungen der Qualifikationsphase für die zentralen Abiturprüfungen.• Präsentiert werden die Aufgabenstellung, sowie eine Musterlösung, die zusätzlich durch eingefügte Kommentare erläutert wird.• Der ausführliche Erwartungshorizont macht die Korrektur transparenter und einfacher und gibt den Schüler/innen zusätzlich eine ausführliche Rückmeldung.
Inhaltsübersicht:	<ul style="list-style-type: none">• Arbeitsblatt mit Aufgabenstellung einer möglichen Klausur• Hilfe zum richtigen Verständnis der Aufgabenstellung• Musterlösung und Erwartungshorizont zum Einsatz als mögliche Klausur• Benotungsformular zur schnellen und gerechten Bewertung• Alternatives Bewertungsraster• Quellen

Musterlösung

1. Welche Merkmale kennzeichnen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland? Nennen Sie die fehlenden Merkmale.

Schon das **Grundgesetz** bekennt sich dazu, dass die Bundesrepublik Deutschland ein freiheitlicher und demokratischer Staat ist.

Genau beschreibt das Verfassungsschutzgesetz in Artikel 4, welche Merkmale die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Staates aufweist:

- a. **Volkssouveränität und Gewaltenteilung**
- b. **die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der Exekutive sowie der Rechtsprechung an Gesetz und Recht**
- c. **das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition**
- d. **die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung**
- e. **die Unabhängigkeit der Gerichte**
- f. **der Ausschluss jeder Gewalt und Willkürherrschaft**
- g. **die Wahrung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte**

2. Erklären Sie folgende Merkmale der freiheitlich-demokratischen Grundordnung:

- a. **Volkssouveränität und Gewaltenteilung**

Das Grundgesetz bestimmt in Artikel 20, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Die Politikwissenschaft bezeichnet dieses Grundprinzip jeder demokratischen Verfassung als Volkssouveränität. Das Volk übt seine Funktion als Souverän über Wahlen, Abstimmungen und besondere Verfassungsorgane aus.

Die wichtigste Wahl, durch die das deutsche Volk seine Staatsgewalt ausübt, ist die alle vier Jahre stattfindende Bundestagswahl. Durch sie werden die Mitglieder des Bundestages bestimmt. Die Bundestagsabgeordneten sind also die repräsentativen Vertreter des Volkes. Gewählt wird nach einem Kombinationsverfahren: Eine Hälfte der Parlamentssitze wird nach dem Verhältniswahlrecht, die andere nach dem Mehrheitswahlrecht vergeben. Daher gibt jeder Bürger bei der Bundestagswahl zwei Stimmen ab. Weiterhin bestimmt das Volk durch Wahlen die Land- und Kreistage und die Stadt- bzw. Gemeindevertretungen. Diese Gremien üben die Volkssouveränität auf Länder-, Kreis- und Gemeindeebene aus.

Volksabstimmungen als Elemente direkter Demokratie kennt das Grundgesetz auf Bundesebene nicht. Nur auf Länderebene gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, die wahlberechtigten Bürger über eine Sachfrage direkt abstimmen zu lassen. Die Verfassung von NRW ermöglicht etwa Volksbegehren, die ins Parlament eingebracht werden können. Sie sieht ebenfalls Volksentscheide



Titel:	Verfassungsordnung und Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
Reihe:	<i>Ausführliche Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont</i>
Bestellnummer:	60824
Kurzvorstellung:	<ul style="list-style-type: none">• Diese ausgefeilte Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Unterricht Politik/Sozialwissenschaften der Oberstufe befasst sich mit Verfassungsordnung und Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Die Aufgaben orientieren sich an den allgemeinen Kompetenzerwartungen der Qualifikationsphase für die zentralen Abiturprüfungen.• Präsentiert werden die Aufgabenstellung, sowie eine Musterlösung, die zusätzlich durch eingefügte Kommentare erläutert wird.• Der ausführliche Erwartungshorizont macht die Korrektur transparenter und einfacher und gibt den Schüler/innen zusätzlich eine ausführliche Rückmeldung.
Inhaltsübersicht:	<ul style="list-style-type: none">• Arbeitsblatt mit Aufgabenstellung einer möglichen Klassenarbeit• Hilfe zum richtigen Verständnis der Aufgabenstellung• Musterlösung und Erwartungshorizont zum Einsatz als mögliche Klausur• Benotungsformular zur schnellen und gerechten Bewertung• Quellen

Klausur zu „Verfassungsordnung und Grundgesetz der BRD“

Thematische Schwerpunkte: föderaler Aufbau der deutschen Verfassung, Verfassungsorgane und ihre Funktionen, Grundgesetz, Weimarer Verfassung

Anforderungen: I, II und III (Basis: Darstellungsbegriff der EPA-Operatorenliste)

- Anforderungsbereich I: Reproduktion (zähle auf, beschreibe, benenne ...)
- Anforderungsbereich II: Reorganisation und Transfer (analysiere, charakterisiere, erkläre, erläutere ...)
- Anforderungsbereich III: Reflexion und Problemlösung (begründe, beurteile, bewerte, überprüfe ...)

Bearbeitungsdauer: 90 Minuten

Punkte: 100

VERFASSUNGSORGANE UND IHRE FUNKTIONEN

1.
 - a. Nennen Sie die Aufgaben des Bundestages.
 - b. Erklären Sie, wie der Bundestag gewählt wird.
2. Erklären Sie, welche Aufgaben die Bundesregierung hat.
3. Diskutieren Sie: Hat der Bundespräsident als Staatsoberhaupt politische Macht?
4.
 - a. Nennen Sie das Oberste Bundesgericht.
 - b. Erklären Sie, welche Aufgaben es hat.

FÖDERALER AUFBAU DER DEUTSCHEN VERFASSUNG

5. Nennen und erklären Sie die Grundsätze des Rechtsstaats.
6. Ordnen Sie folgende Beispiele jeweils einem Grundsatz des Rechtsstaats zu:
 - a. Polizisten dürfen nicht einfach schießen. Sie bekommen bei Verletzung der Vorschriften ein Verfahren.
 - b. Es darf kein Gesetz geben, wonach Blondinen weniger Steuerabgaben zahlen müssen als Rothaarige.
 - c. Max schwänzt mal wieder die Schule. Der Direktor der Schule lässt ich von der Polizei zuhause abholen. Jedoch darf man ihm keine Handschellen anlegen oder die Pistole zücken.



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

*Klausuren rund um Demokratie in Deutschland - im günstigen
Paket*

Das komplette Material finden Sie hier:

[School-Scout.de](https://www.school-scout.de)

